

Ordntl. Kreisparteitag 2025

Antrag: Missbrauch des Sozialstaats beenden!

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Kreisparteitag unterstützt die Forderungen von Finanzminister Klingbeil und Generalsekretär Klüssendorf

- Steuerhinterziehung und Steuerflucht entschlossen zu bekämpfen,
- Vermögende gerechter zur Finanzierung des Staates heranzuziehen,
- Vermögens- und Erbschaftssteuer wieder einzuführen bzw. gerechter zu gestalten.

Begründung:

CDU/CSU versuchen, mit einer üblen Kampagne gegen das Bürgergeld bzw. gegen Bürgergeld-Empfänger:innen davon abzulenken, dass milliardenschwere Steuervorteile und Steuerhinterziehungen den Staat die eigentlichen Milliardensummen kosten, die im Haushalt fehlen. Der entscheidende Missbrauch des Sozialstaates findet nicht bei den Geringverdiener*innen statt, sondern bei den Superreichen und Banken und Firmen, die entweder - wie bei Cum-Ex - den Staat betrügen oder wie z. B. große Wohnungskonzerne ungerechtfertigte Steuervorteile ausnutzen.

Die SPD muss eine Gegenöffentlichkeit erzeugen und diesen Steuermissbrauch thematisieren statt sich eine Debatte um Kürzungen bei der sozialen Sicherung aufdrängen zu lassen.

Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und die gerechte Gestaltung der Erbschaftssteuer werden vom Bundesverfassungsgericht schon lange gefordert, es ist ein Skandal, dass der Gesetzgeber diese Aufträge des Verfassungsgerichts einfach missachtet.